

## Professionell organisierter Kunstraub

Die Tempelanlagen von Angkor Wat sind das symbolische Zentrum der kambodschanischen Identität und einer der größten touristischen Einnahmequellen des Landes. Die überall vorzufindenden geköpften Statuen sprechen aber auch für die Bedrohung dieses von der UNESCO deklarierten Weltkulturerbes: Professionelle Kunsträuber führen über meist thailändische Mittelsmänner »Auftragsarbeiten« durch, um der in den letzten Jahren rapide steigenden Nachfrage auf dem Kunstmarkt gerecht zu werden. Die Korruption durchdringt aber auch fast alle Bereiche der kambodschanischen Administration, vom Zoll bis zu den 400 Wachsoldaten, die für die Bewachung der riesigen Tempelanlagen (400 Quadratkilometer) etwa 25 Dollar im Monat erhalten.

Für die Professionalität des Gewerbes spricht auch die Tatsache, dass auf den internationalen Kunstmärkten in New York, Washington und Tokyo Kataloge zirkulieren, die Fotografien der einzelnen Kunstschatze enthalten, die Lage dieser angeben und den dazugehörigen Preis. Mit entsprechendem Kapital können

sich die westlichen Käufer also ohne Probleme ein beliebiges Stück beschaffen. Van Molyvann, Sprecher der verantwortlichen Behörde in Phnom Penh, hält vor allem die skrupellosen Tendenzen auf dem Kunstmarkt für ein Problem. Sammler geben Unsummen für die gestohlenen Objekte aus und eine flächendeckende Kontrolle des Areal ist fast unmöglich. Er kündigte an, sich bei der UNESCO für eine weitere Verbesserung der Bewachung einzusetzen.

Im April gab es jedoch auch zwei erfreuliche Ausnahmen, die allerdings eher symbolischen Charakter haben: Zwei Sandsteinreliefs aus dem neunten Jahrhundert wurden von einem Privatmann auf einer Kunstauktion in den USA aufgespürt, der danach die kambodschanische Botschaft in Washington benachrichtigte. Ein größerer Fang gelang auch in Thailand, wo zwei ganze Lkw-Ladungen mit Kunstschatzen konfisziert wurden, die man anschließend nach Phnom Penh zurück transportierte.

Vgl. CNN 25.4.2000; Reuters  
11.4.2000

## Minenräumung: Folgen der Korruption

Trotz der enormen Anstrengungen der letzten Jahre, durch Räumkommandos Kambodscha wieder »minenfrei« zu machen, werden weiterhin jedes Jahr über 1000 Menschen durch Minen getötet oder verletzt. Seit es im letzten Jahr einen Finanzskandal bei der zuständigen Behörde gab und Beträge von mehreren zehntausend Dollar in der Verwaltung versickerten, bleiben die meist aus Privatspenden kommenden Mittel aus.

Die Arbeit des Cambodian Mine Action Center ist seitdem fast zum Stillstand gekom-

men. Hohe Beamte und der Regierungschef selbst wenden sich in einem Hilferuf an die internationale Öffentlichkeit und erklärten, dass bei weiterhin ausbleibender Hilfe 90 Prozent der Angestellten ihre Arbeit verlieren werden. Beteuerungen, dass die Korruption in der Behörde bekämpft worden sei, konnte bis jetzt nur die japanische Regierung überzeugen, die nach dem Spendenaufruf vier Millionen Dollar zur Verfügung stellte.

Vgl. Reuters 2.5.2000; BBC World  
Service 30.3.2000

## Nationale Werte gegen Marihuana und Miniröcke?

Früher gehörten die Stände mit Marihuana ebenso wie die Bananenverkäufer zum Markt in Phnom Penh, doch der Druck der internationalen Gemeinschaft lässt nun auch Premierminister Hun Sen auf die Seite der radikalen Antidrogenfront treten. Im Rahmen einer Kampagne gegen Drogenmissbrauch zeigte sich der Premier im Südwesten des Landes bei der Vernichtung einiger Marihuanaplantagen. Im Laufe seiner Rede ermahnte er die Lokalpolitiker zu mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem illegalen Drogenhandel und drohte den Händlern mit schweren Strafen.

Im Fall der »Minirockaffäre« verteidigt er die nationale Moral. So drohte Hun Sen, einigen kambodschanischen Fernsehstationen die Sendelizenz zu entziehen, wenn bestimmte, meist aus Thailand inspirierte Shows, nicht abgesetzt wer-

# nachrichten

den. In einer Radioansprache merkte der Premier an: »Ich verlange einen sofortigen Stop dieser Sendungen, in denen junge Frauen mit Miniröcken auf die Bühne treten und singen. Sie sollen ordentlich angezogen sein. Diese Art von Kleidung ist zwar für Restaurants oder Diskotheken angemessen, aber für Millionen von Menschen im ganzen Land so nicht akzeptabel«. Kambodscha wird, wie der Nachbar Laos, von kitschigen Thaivideos und Seifenopern überflutet, die in der Masse der Bevölkerung regen Zuspruch erfahren.

Vgl. BBC Worldservice 2.4.2000;  
AP 4.4.2000

## Zunehmender chinesischer Einfluss

Nicht nur auf der Ebene des internationalen Handels nimmt Kambodscha eine Sonderstellung zu China ein: 1998 sank aufgrund der Wirtschaftskrise Chinas Handel mit den Staaten in der südostasiatischen Region um etwa neun Prozent, der mit Kambodscha stieg jedoch auf 33 Prozent an. China hat strategische, aber vor allem ökonomische Interessen in Kambodscha und unterhält vorzügliche Kontakte zur regierenden Cambodia Peoples Party (CPP) und Premierminister Hun Sen.

Die neue, durch die wachsende Wirtschaft entstehende Mittel- und Oberschicht Kambodschas setzt sich vor allem aus ethnischen Chinesen zusammen, die auch zu den größten Sponsoren der Regierungspartei gehören. Dazu zählt auch der chinesische Geschäftsmann und Multimillionär Teng Bunma, den die USA verdächtigt, in Drogengeschäfte verwickelt zu sein. Chinas Außenpolitik, die um einen

stärkeren Einfluss in der Region bemüht ist, scheint sich vor allem auf Kambodscha zu konzentrieren. Premier Hun Sen kommt dieser Rolle entgegen, indem er sich offen für eine stärkere Vertretung Chinas in der Region und auf der Weltbühne ausspricht. Gegen die Vorwürfe einer zu einseitigen Sympathie erwiderte er: »Ich bin nicht pro-chinesisch, aber Tatsache ist, dass China und Kambodscha auf politischer Ebene aufeinander angewiesen sind«.

Traditionell ist das Verhältnis der vor allem in Phnom Penh lebenden Chinesen und Kambodschanern gut, doch der im ökonomischen Bereich heftig einsetzende Wettbewerb und die dominante Stellung der Chinesen im Handel, sowie deren oft auf Korruption basierenden Kontakte zum Verwaltungsapparat, lässt in der Bevölkerung immer häufiger Kritik laut werden.

Vgl. AP 20.2.2000

# nachrichten

## Streiks in der Textilindustrie

Stoffe sind der Exportschlager Kambodschas und die minimalen Produktionskosten im Land ziehen immer mehr internationale Konzerne an. Modemarken wie GAP, Ralph Lauren und die Camel-Collection lassen ihre Produkte in Kambodscha fertigen. Doch die hohen Gewinne der Großkonzerne haben auch ihre Schattenseiten und resultieren größtenteils aus der Ausbeutung der Angestellten: die Arbeitsbedingungen und Sicherheitsvorkehrungen sind miserabel und bis jetzt hat die Regierung in Phnom Penh nur Maßnahmen im Bereich der Umweltschmutzung ergriffen und den meist von chinesischen Geschäftsführern geführten Firmen Auflagen gemacht.

Um gegen diese Missstände anzugehen, legten Anfang Mai mehrere tausend Ange-

stellte die Arbeit nieder und demonstrierten in Phnom Penh. Touch Primit, Vertreter der Free Trades Union of Workers, überreichte einen Brief an Premier Hun Sen, in dem die Einhaltung der Mindestlöhne (40 US-Dollar) und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert wird. Hun Sen, der sich in den letzten Monaten immer stärkerer internationaler Kritik ausgesetzt sah, verurteilte den Streik und instrumentalisierte das Geschehen, indem er Oppositionsführer Rainsy als Anführer der Streiks und Unruhestifter denunzierte — angesichts der Drohung der USA, bei gleichbleibend schlechten Arbeitsbedingungen die Exportquote nicht zu erhöhen, eine kontraproduktive Reaktion.

Nach drei Tagen kam es dann schließlich zu einer vorübergehenden Einigung: In Zusammenarbeit mit der Arbeitsorganisation der UN soll eine Kommission ins Leben gerufen werden, die die Einhaltung der Arbeitsbedingungen überwacht und bei anderen Differenzen vermitteln soll. Gleichzeitig kam es jedoch wieder zu einem Rückschlag, als in einer separaten Veranstaltung die EU und Kambodscha einen Vertrag ratifizierten, welcher der Einfuhrmenge an Stoffen in die EU keine Grenzen setzt, aber z.B. nicht an die Bezahlung von Mindestlöhnen seitens der Produzenten gekoppelt ist.

Vgl. AP 2.5.2000; 4.5.2000

## Jubiläum und political correctness

Die Übernahme Phnom Penhs durch die Khmer Rouge am 17. April vor 25 Jahren wäre eigentlich Anlass zur Erinnerung gewesen, doch von Gedenkfeiern wurde offiziell und explizit Abstand genommen. Regierungssprecher Khieu Samarith bestätigte die offizielle Bekanntmachung der Regierung und warnte vor den »Spannungen«, die dadurch wieder wachgerufen werden könnten. Nur eine kleine Gruppe unter der Führung des Oppositionsführers Sam Rainsy traf sich am Denkmal der killing fields in einem Vorort von Phnom Penh. Rainsy beharrte auf der Aktualität des Ereignisses und führte aus: »Die

Khmer-Rouge sind kein Teil der Vergangenheit, sondern der Gegenwart. Führende Köpfe der Organisation sitzen heute noch in wichtigen Positionen«.

Seit Jahren gibt sich die Regierung größte Mühe, die Vergangenheit soweit wie möglich vergessen zu machen und stattdessen die nationale Versöhnung zu fördern. Folgen dieser beabsichtigten »kollektiven Amnesie« machen sich vor allem bei der jungen Generation bemerkbar: Das für alle Schulen in Kambodscha verbindliche Geschichtsbuch enthält ganze zehn Zeilen zur Khmer-Rouge-Ära.

Vgl. AP 18.4.2000

## Wichtiger Schritt zur Einigung

Durch die Vermittlung des amerikanischen Senators John Kerry scheint es im Streit um die Durchführung des Tribunals gegen die ehemaligen Führer der Khmer-Rouge (KR) zu einem Durchbruch gekommen zu sein. Nachdem die Regierung in Phnom Penh in den letzten Monaten ein direktes unabhängiges Vetorecht der UN-Anwälte abgelehnt hatte, lenkte Premier Hun Sen schließlich ein. In einem Gespräch mit Senator Kerry bewilligte der Premier den Vorschlag, dass die Anwälte, welche die internationale Gemeinschaft vertreten, von der kambodschanischen Legislatur unabhängige Gutachten vorlegen können, die bei Differenzen dann in einer aus kambodschanischen und internationalen Experten bestehenden Kommission diskutiert werden sollen und in der beide Parteien über ein Vetorecht verfügen.

Als Zeitrahmen für die Klärung weiterer Einzelheiten wurde der 15. Juni 2000 als Termin genannt. Dann soll ein offizielles Dokument ratifiziert werden, welches den genauen Ablauf des Tribunals regelt. Der amerikanische Optimismus Kerrys stößt jedoch nicht bei allen Beobachtern der nun schon seit über einem Jahr andauernden

Auseinandersetzung über die Durchführung des Tribunals auf ungeteilte Zustimmung. Seine Formulierung, dass es ansonsten »keine Hindernisse« mehr gäbe, beschönigt die Turbulenzen, die sich bis dahin noch ergeben könnten.

Die Regierung unter Hun Sen, der ein starkes persönliches Interesse an der Dominanz der kambodschanischen Richter hat, zog schon mehrmals an die UN gerichtete Angebote zurück. Kontinuität und Entscheidungsfähigkeit gehören nicht gerade zu den Stärken der Koalitionsregierung: Kurz vor der Einigung mit Kerry schlug Hun Sen vor, im Laufe des Tribunals auch alle internationalen Verwicklungen der KR aufzudecken, was z.B. die Flächenbombardements der US-Regierung während des Vietnamkrieges oder die Rolle Chinas mit eingeschlossen hätte. Einige Stunden nach diesem Vorschlag, der jede Beteiligung der UN und sehr wahrscheinlich das ganze Tribunal unmöglich gemacht hätte, relativierte Hun Sen seine Äußerungen und annullierte das »Angebot« schließlich ganz.

Vgl. AP 2.5.2000; Washington Post 2.5.2000

## Mangel an ausgebildeten Fachkräften

Der ökonomische Aufschwung in Kambodscha könnte in Zukunft durch die geringe Anzahl ausgebildeter Fachkräfte gebremst werden. Zu dieser Schlussfolgerung kommt die Asian Development Bank (ADB) in ihrem Ende April vorgelegten Bericht. Der Nachwuchs in einigen Kernbereichen wie Medizin, Rechtswesen, Verwaltung und ländliche Entwicklung muss wegen fehlender Ausbildungsmöglichkeiten meistens aus dem Ausland bezogen werden, was Abhängigkeitsverhältnisse und administrative Komplikationen verstärkt. Gemessen an den Möglichkeiten des Landes und im Vergleich zu anderen Berei-

chen der Investition sind die Ausgaben im Bildungsbereich geradezu minimal.

Die Konsequenzen dieser Politik sind frappierend: 40 Prozent der Bevölkerung haben niemals eine Schule besucht, 32 Prozent sind Analphabeten und nur ein Prozent kann eine Ausbildung vorweisen, die nach dem regulären Schulabschluss absolviert wurde. Zwar stellte die ADB auch fest, dass das Ausbildungssystem in einigen zentralen Regionen durchaus effizient ist, aber im ländlichen Bereich nur wenige Menschen erreicht.

Vgl. Reuters 27.4.2000